

**N i e d e r s c h r i f t**  
**Sitzung des Bürgerforums**

9. November 2021

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 26.10.2021
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	22:05 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Burtscheider Saal, Kurpark Terrassen, Dammstr. 40, 52066 Aachen

---

Anwesende:

Ratsherr Mathias Dopatka

Bürgermeisterin Hilde Scheidt

Ratsfrau Julia Brinner

Ratsfrau Andrea Derichs

Ratsherr Hans Leo Deumens

Ratsherr Henning Nießen

Ratsfrau Karin Schmitt-Promny

Ratsherr Peter Tillmanns

Frau Marianne Conradt

Herr Jürgern Diehm

Herr Herbert Gilles

BüFo/10/WP18

Ausdruck vom: 10.11.2021

Seite: 1/19

Herr Herbert Hilgers

Frau Aline Nüssgens

Herr Ruslan Pivovarov

Frau Alexandra Radermacher

Frau Marlene Schölgens

Herr Jan van den Hurk

Abwesende:

Ratsherr Wolfgang Palm

entschuldigt

Ratsfrau Ye-One Rhie

entschuldigt

Frau Silke Bergs

entschuldigt

Herr Noah Wagner

entschuldigt

Frau Julie Göths

entschuldigt

Frau Brigitte Klostermann

entschuldigt

von der Verwaltung:

Frau Oberbürgermeisterin Keupen

Herr Geber (FB 01)

Frau Duikers (FB 01)

Herr Meiners (FB 36)

Herr Rohbock (FB 61)

als Schriftführerin:

Frau Stärk-Meuser (Schriftführerin/FB 01)

## **Tagesordnung:**

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
  
- 2 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.09.2021**
  
- 3 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**
  
- 4 **Anregungen und Beschwerden nach § 24 Gemeindeordnung NW**
  
- 4.1 **Aachen wird Pestizidfreie Kommune - Bürgerantrag der Greenpeace Gruppe Aachen**  
**Vorlage: FB 36/0115/WP18**
  
- 4.2 **Zukünftige Mobilität in Burtscheid unter Berücksichtigung der Engstelle Kapellenstraße/  
Burtscheider Markt**  
**Vorlage: FB 61/0249/WP18**
  
- 5 **Sachstandsbericht Aufbau Bürger\*innendialog im FB 01**  
**Vorlage: FB 01/0157/WP18**
  
- 6 **Mitteilungen**
  
- 7 **Verschiedenes**

## **Protokoll:**

Öffentlicher Teil

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende des Bürgerforums, Herr Dopatka eröffnet die Sitzung um 18.05 Uhr und heißt die interessierten Bürger\*innen herzlich willkommen.

Er erläutert, für alle die zum ersten Mal dabei sind, das Prinzip des Bürgerforums. Das Bürgerforum ist der einzige Ausschuss, in dem sich Bürger\*innen über die gesamte Sitzungsdauer beteiligen dürfen und sollen. Das Bürgerforum möchte die Menschen in unserer Stadt zur Mitwirkung an der kommunalen Selbstverwaltung ermutigen und ermöglicht nicht nur einen kommunikativen Austausch, sondern tagt nach Möglichkeit in räumlicher Nähe derer, die vom wesentlichen Beratungspunkt der jeweiligen Sitzung betroffen sind - wie heute in Burtscheid.

Der Ausschuss erhebt sich zur Verpflichtung der neuen stellvertretenden sachkundigen Bürgerin Aline Nüttgens (SPD Fraktion).

### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.09.2021**

Das Gremium genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 07.09.2021.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich angenommen. Zwei Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit.

### **zu 3 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldung.

#### **zu 4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 Gemeindeordnung NW**

##### **zu 4.1 Aachen wird Pestizidfreie Kommune - Bürgerantrag der Greenpeace Gruppe Aachen**

**Vorlage: FB 36/0115/WP18**

Die Damen Melanie Grolms-Aal, Franziska May und Andrea Jacobson von der Greenpeace Gruppe Aachen erläutern den Antrag anhand einer Präsentation. Dieser wird mit der Niederschrift in Allris zur Verfügung gestellt. Die drängendsten Themen der Greenpeace Gruppe Aachen sind Folgende:

- Die Stadt Aachen möge der vom BUND ins Leben gerufenen Initiative „Pestizidfreie Kommune“ beitreten (diesbezüglich möge die innerstädtische Verwendung von chemisch-synthetischen Pestiziden untersagt werden)
- Die Stadt Aachen möge insektenfreundliche Maßnahmen fördern, unnötige Lichtemissionen vermeiden und beim Ersatz von Lampen oder bei Neuinstallationen insektenfreundliche Leuchtmittel gegenüber anderen bevorzugen.
- Die Stadt Aachen möge bei der zukünftigen Verpachtung kommunaler Flächen für eine landwirtschaftliche Nutzung ein Verbot des Einsatzes chemisch-synthetischer Pestizide im Pachtvertrag verankern.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen dankt für den Vortrag, wie auch die Resonanz im Saal zu diesem wichtigen Thema und teilt mit, dass die Stadt Aachen auf diesem Gebiet bereit vielfältig tätig ist. Sie bittet Herrn Meiners, den stellv. Fachbereichsleiter des Fachbereichs Umwelt und Klimaschutz (FB 36) vorzustellen, was die Stadt Aachen bereits umsetzt.

Herr Meiners bedankt sich bei den Antragstellerinnen und bestätigt den Wunsch nach Veränderung. Einige der beschriebenen Maßnahmen konnten bereits umgesetzt oder installiert werden (Blühwiesen; Pestizidfreiheit im Stadtgebiet seitens des Aachener Stadtbetriebs und beauftragter Unternehmen seit 2013; Förderung der Biodiversität in Parkanlagen, auf Sport- und Spielplätzen, sowie auf ausgewählten landwirtschaftlichen Flächen). Diese Maßnahmen können allerdings lediglich als kleiner Baustein betrachtet werden. Der erste Schritt ist zwar getan, der Wunsch nach Beschleunigung aber sehr verständlich.

Derzeit plant der Fachbereich Umwelt und Klimaschutz, gemeinsam mit Landwirten, eine runden Tisch „Perspektive 2030“. Dennoch habe die Pestizidfreiheit auch Grenzen. Rein produzierende Flächen sind nötig. Diese benötigen gewisse Pflanzenschutzmittel um ertragreich zu sein und wirtschaftlich zu bleiben. Grundsätzlich will sich die Verwaltung aber auf den beschriebenen Weg machen. Herr Meiners verspricht zudem, dass mit den Landwirten sensibel umgegangen wird und individuelle Lösungen gefunden werden. Zudem ist die Stadt Aachen im Besitz von vielen -teils sehr großen- Flächen (Stiftungsflächen), bei denen die vertraglichen Änderungen hin zur Pestizidfreiheit nicht leicht umgesetzt werden können.

Frau Brinner dankt den Antragstellenden und bestätigt den Wunsch nach Beitritt der Stadt Aachen zur Initiative „Pestizidfreie Kommune“ seitens der Grünen Fraktion vollumfänglich. Ihrer Meinung nach ist der Hauptpunkt „Verzicht auf Pestizide“ bereits gut im städtischen Handeln installiert. Der größte Aufwand ist es, bestehende Pachtverträge entsprechend anzupassen. Sie sieht die Leuchtimmission vielmehr als wichtigstes Thema, dass zeitnah angegangen werden muss. Das Artensterben ist eines der größten Probleme unserer Zeit. Hier sollte die Kommunalpolitik sich klar positionieren. Ferner möchte Sie die Verwaltung bitten, eine Strategie zur nachhaltigen Landwirtschaft auszuarbeiten und bittet um entsprechende Beschlusserweiterung. Kann der derzeitige Status Quo, zu den im Antrag genannten Maßnahmen/Zielen, aufgezeigt und ein Ziel für 2030 definiert werden?

Frau Siegmann, eine Anwohnerin des Steppenbergs hat kürzlich beobachtet wie auf den Kartoffeläckern Entlaubungsmittel ausgebracht wurden um die Kartoffel, lt. Aussage des Landwirts, besser verkäuflich zu machen. Dazu kommt das die Böden, in Ihren Augen, in enormer Weise von den riesigen Maschinen verdichtet werden. Die Minikartoffeln türmen sich haufenweise am Wegesrand und verkommen dort. Sie richtet die Frage an die Fachverwaltung, ob dies so seine Richtigkeit haben und was man für Konsequenzen aus dem beschriebenen Szenario ziehen kann? Sie befürwortet den von Herrn Meiners angezeigten runden Tisch „Perspektive 2030“, möchte aber ebenso, dass die Stadt eine Kontrollfunktion wahrnimmt um zu überprüfen ob das beschriebene Vorgehen auch wirklich unschädlich ist, wie der Landwirt es ihr versicherte. Handhabung zur Kontrolle und ggf. auch Unterbindung muss installiert werden.

Herr Meiners bedauert, dass er zur speziellen Situation auf dem Steppenberg wenig sagen kann, erklärt aber, dass die Überwachung der Betriebe in Händen der Landwirtschaftskammer liegt. Der FB 36 ist nicht der zuständige Ansprechpartner, dennoch werden entsprechende Eingaben selbstverständlich an die Landwirtschaftskammer weitergeleitet. Er bestätigt erneut, dass die Intensität der Pestizidbewirtschaftung heruntergefahren werden muss. Dennoch sind Problemfälle erfahrungsgemäß Einzelfälle.

Bernd Kockerols, Vorsitzender der Kreisbauernschaft Aachen, Landwirt aus Baesweiler möchte die Situation am Steppenberg erklären. Der Grund warum Kartoffelbauern Entlaubungsmittel ausbringen ist der, dass eine Kartoffel schalenfest sein muss damit Sie Lagerungsfähig ist. Eine Schalenfestigkeit erhält man aber nur, wenn das Laub Tod ist. Die kleinen Kartoffelchen am Wegesrand dürfen immer mitgenommen werden. Kein Landwirt den er kennt wird da etwas gegen haben. Es ist nun einmal so, dass die Durchschnittsgröße einer Kartoffel genormt ist. Alles was kleiner ist fällt durch die Siebbänder der Erntemaschine und verbleibt auf dem Acker. Zur Bodenverdichtung lässt sich sagen, dass die großen Landmaschinen Luft aus den Reifen lassen um die Äcker zu befahren. Dies führt dazu, dass die Böden eben nicht im beschriebenen Maß verdichtet werden. Auf der Straße werden die Reifen dann wieder aufgepumpt. Dies ist ein ganz üblicher, automatisierter Vorgang bei modernen Landmaschinen. Herr Kockerols bittet um Vertrauen den Landwirten gegenüber. Viele Dinge kann der Laie sicherlich nicht immer nachvollziehen, aber die Landwirte wissen schon was sie tun. Ein komplettes Pflanzenschutzmittelverbot ist extrem und nicht alle Landwirte könnten dies wirtschaftlich verkraften. Er bittet um einen engen Austausch, wie von Herrn Meiners bereits beschrieben.

Jan van den Hurk sieht im Antrag ein großes Zukunftsthema und klaren Handlungsbedarf in den genannten Punkten. Als Dorfkind und Schrebergärtner kennt auch er den Einsatz von Glyphosat als Mittel zur einfacheren Handhabung der Privatgärten. Die SPD-Fraktion unterstützt den Antrag, wünscht aber dennoch den sensiblen Umgang mit den Landwirten. Ein komplettes Pflanzenschutzmittelverbot ist, wie soeben gehört, eine schwierige Gemengelage und muss behutsam und im engen Dialog geschehen. Frau Scheidt möchte, als langjährige Kleingärtnerin, die Kleingartenkolonien ein Stück weit in Schutz nehmen. In den meisten Kolonien sind bereits viele junge Leute angekommen, was an sich schon viel verändert hat. Kleingärtner\*innen dürften mit am leichtesten davon zu überzeugen sein, auf

Pestizidausbringung zu verzichten. Vorzugsweise natürlich von Greenpeace oder dem Stadtgartenverband selber. Warum nicht auf Kleingartenvereine zugehen und darüber beraten, was bspw. für Insekten getan werden kann? Des Weiteren möchte Frau Scheidt ein großes Lob an den Aachener Stadtbetrieb aussprechen. Ihrer Meinung nach hat die Stadt Aachen noch nie so schön geblüht wie in diesem Jahr. Sie schlägt vor auf Laubbläser und Stockschnitt zum Schutz der Kleintiere und Insekten zu verzichten.

Frau Groß, Anwohnerin aus Sief, schließt sich dem Lob an den Aachener Stadtbetrieb an. Sie spricht sich für eine Ausweitung der Blühstreifen aus. Leider aber werden die Blühstreifen irgendwann gänzlich heruntergemäht, inklusive Larven von Schmetterlingen. Es verbleibt somit nichts, dass sich über den Winter entwickeln könnte. Selbst die Seitenstreifen des Vennbahnradwegs werden zu oft gemäht. Der Grund erschließt sich ihr nicht, da es i.E. niemanden stört. Ferner wird im Aachener Süden extrem viel Gülle ausgefahren. Sie hinterfragt die Gefahr der Überdüngung.

Herrn Tillmanns stimmt der Vortrag der Greenpeace Gruppe Aachen nachdenklich. In der Sache sind sich alle Fraktionen einig. Für Ihn ist der scheinbar entscheidendste Punkt aber die Landwirtschaft. Ein befreundeter Landwirt sagte ihm, er habe 40% weniger Ertrag ohne „Mittelchen“. Wie könnten solch individuelle Lösungen, die Herr Meiners ankündigt, aussehen? Die Landwirte müssen intensiv in die Beratungen einbezogen werden, denn sie sind Experten in eigener Sache. Keinesfalls dürfen Bauern zum großen Verlierer dieser Debatte werden. Nur im Konsens kann man etwas erreichen. Er gibt zu bedenken, dass ein „runder Tisch“ sicherlich eine gute Idee ist, aber kommt der 1.000 runde Tisch auch wirklich in der Sache weiter?

Frau Oberbürgermeisterin Keupen erklärt, dass ihr bereits ein vergangenes Gespräch, am Erntedanktag, mit der Kreisbauernschaft aufgezeigt hat, dass ein großer Wille zur Konsensfindung da ist. Natürlich müssen die Gespräche zielorientiert sein. Herr Heiko Thomas übernimmt zum 1. November 2021 das neu geschaffene Dezernat für Klima, Stadtbetrieb und Gebäude der Stadt Aachen. Herr Thomas ist sehr landwirtschaftsversiert und deckt sicherlich noch einige „blinde Flecken“ in den beiderseitigen Gesprächen ab.



Herr Vonderstein, Inhaber eines Grünlandbetrieb am I. Rote-Haag-Weg in Burtscheid und städtischer Pächter hinterfragt deutlich kritisch wie sich eine Umstellung auf ökologische Landwirtschaft mit der enormen Pachterhöhung der Stadt Aachen verträgt? Er führt -wie er sagt- einen konventionellen Betrieb und bittet darum den Greenpeace Vortrag etwas differenzierter zu betrachten. Er nutzt wenig Pflanzenschutzmittel, aber ohne wäre sein Ertrag so stark reduziert, dass es sich wirtschaftlich nicht mehr rechnen könnte. Er erläutert, dass der Ist-Zustand in der Landwirtschaft nicht so katastrophal ist, wie er dargestellt wird. Seine Böden seien seit eh und je fruchtbar. Imker setzen Bienenkörbe auf seine Flächen. Er bittet darum, nicht immer alles „schwarz zu malen“ und die Schuld bei den Landwirten zu suchen. Georg Grooten, Landwirt aus Seffent berichtete, er habe zum Schutz der Vögel und Insekten seinen Hof zur Hälfte umgestellt und auf einer Hälfte gänzlich auf Pflanzenschutzmittel verzichtet. Dort erziele er nur noch 40% des Vorjahr-Ertrages. In seinem Fall wird ihm der „Verlust“ durch eine Ausgleichsmaßnahme (Bauträger Campus Melaten) ersetzt, mit Bio-Produkten allein müsse er seinen Hof aber in der 8. Generation schließen. Seine Böden seien schwierig zu bewirtschaften, da geht es nicht ohne das ein oder andere „Mittelchen“. Er hat sich einen gänzlichen Umstieg sogar durchrechnen lassen aber es passt einfach nicht. Für den Artenschutz sollte die Stadt entsprechende „Hotspots“ einrichten, dies kostet aber Geld, das muss jedem bewusst sein. Des Weiteren bemängelt Herr Grooten die Förderprogramme von EU/Bund/Land als extrem bürokratisch und ein echter Hindernisgrund für Landwirte sich darauf zu bewerben.

Herr Deumens bestätigt, dass es keiner weiteren Dokumentation bedarf um aufzuzeigen wie schlimm es ist. Ohne Insekten haben auch wir Menschen keine Lebenschance, dies ist deutlich geworden. Mehr insektenfreundliches Licht befindet sich derzeit bereits in politischer Beratung, entsprechend muss man „einen Zahn zulegen“. Die Beratungen mit den Landwirten aber müssen miteinander und nicht gegeneinander geführt werden, das haben die Wortbeiträge eindrücklich aufgezeigt.

Herr Yavuz beschreibt den derzeitigen Pestizideinsatz, wie von einigen Vorrednern beschrieben, als sehr nachvollziehbar. Er spricht sich, wie Frau Brinner, dafür aus von der Verwaltung einen Status Quo ausgearbeitet zu bekommen, mit den Informationen wie derzeit Pestizide eingesetzt werden. Bzgl. des insektenfreundlichen Lichts bittet er zu bedenken, dass an mancherlei Orten das Sicherheitsbedürfnis

nicht als unwichtig abgetan werden darf, zu Gunsten der Insekten. Diesen Konflikt muss man ebenfalls maßvoll lösen. Des Weiteren stellt sich für ihn die Frage was mit den beleuchteten Baudenkmälern ist. Frau Brinner bedankt sich für die Beiträge der anwesenden Landwirte. Die Realität des Artensterbens muss natürlich in Einklang mit der Realität des Höfesterbens und der Wirtschaftlichkeit der Landwirtschaftlichen Betriebe gebracht werden. Einer alleine kann die Probleme nicht lösen. Zusätzlich zur Status Quo Ausarbeitung bitte sie um Weitergabe des Antrags an den Umweltausschuss.

Der Vorsitzende Herr Dopatka bekräftigt die Aussage der Frau Brinner. Das Schutzniveau muss erhöht, die wirtschaftliche Existenz der Betriebe dennoch gesichert werden. Die berechtigten Interessen beider Seiten müssen vereinbar gemacht werden. Er lässt sodann über folgenden erweiterten Beschlussvorschlag abstimmen.

#### **Beschluss:**

Das Bürgerforum nimmt die Ausführungen der Antragsteller und den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz, den Antrag wohlwollend zu prüfen. Die Verwaltung soll beauftragt werden eine Strategie zur nachhaltigen Landwirtschaft auszuarbeiten.

#### **Abstimmungsergebnis**

Einstimmig angenommen bei einer Enthaltung.

#### **zu 4.2 Zukünftige Mobilität in Burtscheid unter Berücksichtigung der Engstelle Kapellenstraße/ Burtscheider Markt; Bürgerantrag gem. § 24 GO NRW Vorlage: FB 61/0249/WP18**

Michael Proempeler, Mitglied des Sprecherteams der Stadtteilkonferenz Burtscheid, erläutert den Antrag anhand einer Präsentation. Diese wird mit der Niederschrift in Allris zur Verfügung gestellt. Die Antragstellenden halten eine umfassende Planung der Verkehrsinfrastruktur in Burtscheid für zwingend erforderlich, da Radfahrende auf Grund mangelnder sicherer Alternativen, trotz Fahrverbot, die Fußgängerzone als Durchgangsrouten nutzen und der Zulieferverkehr das Verkehrsaufkommen im Bereich der Fußgängerzone zusätzlich verstärkt. Zudem schlägt die Stadtteilkonferenz vor, die Verringerung des Parkdrucks auf den Alternativen Fahrradrouten, durch eine Neugestaltung der Parkflächen/-häuser

(Viehhofstraße/Kleverstraße, vor dem Viadukt) zu schaffen. Burtscheid darf zukünftig nicht nur in der Hand von Fahrradfahrer\*innen liegen. Es werden zwingend Parkplätze in ausreichender Anzahl, für Besucher\*innen und Erholungssuchende benötigt.

Tim Rohbock, Verkehrsplaner im Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur (FB 61/300) erläutert den derzeitigen Sachstand der Planungen in Burtscheid. Er bestätigt, dass es zurzeit an einer attraktiven Radverkehrsverbindung über die Kapellenstraße in die Innenstadt fehle, da das Radfahren in der Fußgängerzone untersagt ist. Es werden aber auch für diesen Bereich, im Rahmen der Erstellung eines gesamtstädtischen Radhauptnetzes, die wichtigsten Radfahrbeziehungen erarbeitet, um diese dann zu ertüchtigen. In der Vorlage zum Beschluss des Rad-Vorrang-Netzes wurde bereits 2019 beschlossen eine geeignete Routenführung für die Anbindung Burtscheids zu prüfen. Im Gutachten zum Radhauptnetz der Stadt Aachen ist die Verbindung des Stadteilzentrums Burtscheid mit dem Hauptzentrum entsprechend als Aufgabenstellung formuliert. Im Rahmen des Entwurfsprozesses wird es in verschiedenen Stadien Workshops mit Politik, Verbänden etc. geben, um letztendlich ein mit den Handelnden abgestimmtes Netz zu erhalten. Das finale Gesamtnetz wird, nach jetzigem Sachstand, in der zweiten Jahreshälfte 2022 der Politik zur Beratung vorgelegt.

Bzgl. der bestehenden Burtscheider Bewohnerparkzonen wurde erst kürzlich eine Nacherhebung erstellt, die darstellen konnte, dass es bereits viel weniger Dauerparker gibt. Weitere Burtscheider Bewohnerparkzonen sind in Planung und werden gemäß der Prioritätenliste abgearbeitet. Generell wird sich in Burtscheid in den nächsten Jahren viel verändern, betont Herr Rohbock und beschreibt den Vorschlag, das Gebiet Viehhofstraße/Kleverstraße vor dem Viadukt zu Parkmöglichkeiten umzubauen, als sehr interessant und prüfenswert.

Eine Anwohnerin aus Burtscheid erklärt, dass Sie gerne, trotz 3 kleiner Kinder, auch zukünftig auf das Auto verzichten möchte und u.a. aus diesem Grund überhaupt nach Burtscheid gezogen ist. Leider gibt dies die Infrastruktur weit weniger oft her als ihr lieb wäre. Der Stadtteil Burtscheid ist Lebensmittelpunkt vieler junger Familien, die sehr fahrradaffin sind, an der uneingeschränkten Ausübung ihrer Überzeugung aber oftmals gehindert werden. Die vorgeschlagenen Umwege sind bisher „komplett absurd“. Sie bittet daher

um Überarbeitung und die Schaffung guter und sinnvoller Alternativen zur illegalen Durchquerung der Fußgängerzone. Es macht Sinn sich ernsthaft mit den Begebenheiten in Burtscheid zu beschäftigen.

Dr. Klaus-Peter Otto, Mitglied des Sprecherteams der Stadtteilkonferenz Burtscheid bittet die Verwaltung um eine ganzheitliche Betrachtung von Burtscheid. Im November 2021 steht bereits der „Kurstandort“ auf dem Plan, was er sehr befürwortet. Die Befürchtung verhärtet sich allerdings, dass darüber alles andere wieder vergessen wird. Die Geschäftsleute brauchen den Zulauf von außerhalb, weswegen KFZ-Parkplätze immer noch sehr wichtig sind. Am Viadukt kann sicherlich eine kreative Lösung gefunden werden. Auch und gerade der Standort Kurpark-Terrassen braucht Parkplätze um kulturell überhaupt wieder aktiv werden zu können. Im Übrigen hält er die Nacherhebung der Bewohnerparkzonen für nicht sehr repräsentativ, da sie zu Corona Zeiten durchgeführt wurde.

Eine Aachener Bürgerin beschreibt einen regelrechten „Krieg“ zwischen Fahrradfahrer\*innen, Fußgänger\*innen und Autofahrer\*innen in der Burtscheider „Innenstadt“. Sie selbst hat kein Auto und möchte auch nicht mit dem Bus fahren, geht daher ausschließlich zu Fuß oder fährt mit dem Rad. Die Radfahrer\*innen die durch die Fußgängerzone rasen sind ihres Erachtens hochgefährlich. Dem kann man nur mit Sanktionen beikommen, da man gegenseitige Rücksichtnahme leider nicht verfügen kann. Sie bittet die Politiker\*innen die Strecke nach Burtscheid einmal selber mit dem Fahrrad zu fahren und sich ein eigenes Bild von den Gegebenheiten vor Ort zu machen.

Ein weiterer Anwohner bekräftigt den Wortbeitrag und fragt, wann das Besprochene in die Umsetzung gelangt.

Auch Frau Schmidt-Promny stimmt der Wortführerin uneingeschränkt zu. Respektvolles Umgehen miteinander würde in so vielen Fällen helfen. Das Burtscheid im gesamten betrachtet werden muss, sieht Sie ebenfalls so. Dennoch sind einzelne Projekte immer nötig um Zusammenhänge herzustellen. Sie bittet die Verwaltung um eine Aufstellung kurz- mittel- und langfristiger Maßnahmen. Könnte man außerdem in die Überlegungen mit einbeziehen, Parkraum nach dem Motto „außen grün, innen Parkraum“ zu schaffen? Vielleicht würde auch eine geschützte Fahrbahn für Radfahrer\*innen auf den Ausweichstrecken helfen.

Ihrer Meinung nach ist eine Fußgängerzone ein urbanes Kleinod, dass es erstens zu schützen gilt und in dem zweitens mit dem Rad nicht gefahren werden darf.

Herr Linus Offermann, Projektmanager der altersgerechten Quartiersentwicklung der Arbeiterwohlfahrt in Burtscheid bemängelt, dass die engagierte und lebendige Bürger\*innenschaft in Burtscheid keine eigene Bezirksvertretung hat. Er wünscht, dass alle Themen eng mit AWO und der Stadtteilkonferenz abgesprochen werden.

Die Oberbürgermeisterin bekräftigt, dass die Stadtverwaltung gerne Themen mit den Betroffenen bespricht, die Umsetzung der Anregungen aber häufig eine andere Geschwindigkeit habe, als sich die Bürger\*innen dies wünschen. Zudem muss man immer bedenken, dass es niemals eine Lösung geben kann, die alle zufriedenstellt. Das gemeinsame Ziel ist aber unbestritten: „Ist es für Kinder sicher, dann ist es für alle sicher“. Danach plant und handelt die Verwaltung. Burtscheid als großes Gesamtes zu betrachten ist sinnvoll, daher beschreibt die Oberbürgermeisterin das durchgeführte Werkstattverfahren zum „Kurparkviertel“ als einen Schritt in die richtige Richtung. Burtscheid hat viel Potenzial, dass städtebaulich und verkehrsplanerisch zusammengedacht werden muss.

Herr Rohbock kann eine Terminierung der einzelnen Umsetzungen nicht voraussehen. Baumaßnahmen nehmen häufig Jahre in Anspruch, die Fußgängerzone zu optimieren kann sicherlich schneller gehen. Zum Radhauptnetz wird es noch einige Bürgerbeteiligungen geben.

Der 86-jährige Herr van Loo, Anwohner Burtscheids, beschreibt die derzeitige RVR-Planung als „Blödsinn“. Das Anwohnerparken bemängelt er ebenfalls, da er keinen Besuch mehr empfangen kann, aufgrund nicht vorhandener öffentlicher Parkplätze. Er sieht sich als Fahrradfahrer und Burtscheider von der Stadtverwaltung im Stich gelassen und wird fühlt sich sogar kriminalisiert, wenn er durch die Fußgängerzone fährt.

Frau Conradt lenkt ein und bekräftigt, dass Burtscheid definitiv nicht vergessen wird. Sicherlich ist die Bezirksvertretung Aachen-Mitte ein sehr großes Gebiet, aber Burtscheid ist keineswegs zu kurz

gekommen. Dies kann Sie als ehemalige Bezirksbürgermeisterin Aachen-Mitte sehr gut beurteilen. In jeder zweiten Sitzung ist ein Burtscheider Thema auf der Agenda der BV Aachen-Mitte. Häufig sind die Möglichkeiten für Burtscheid schon alleine wegen der geographischen Lage stark eingeschränkt. Dennoch stimmt sie den Antragstellenden in vielen Dingen zu, jedoch ist die Schnelligkeit die gefordert wird nicht realistisch.

Herr van den Hurk stimmt Frau Conradt zu. Wenn es um Verkehr geht wird es oft kontrovers und kompliziert. Natürlich müssen die Themen auf den Tisch und überplant werden. Bei der Einbeziehung verschiedener Fachbereiche, Befürworter\*innen und Gegner\*innen kann dies nicht schneller gehen. Es kann nicht alles optimal für alle sein, Veränderung braucht auch Mut und Kompromisse. Er bittet um Verweis der Themen an die BV Aachen-Mitte.

Herr Dr. Otto pflichtet Herrn van den Hurk bei und bittet um Fortschritt in kleinen Schritten. Beispielsweise besteht hinter der Kapellenstraße eine große Freifläche mit einer „BMX-Ruine“ die immer noch innerstädtisch als Spielplatz geführt wird. Man kann sehr schlecht kreativ werden, wenn solche Flächen regelrecht „gesperrt“ sind. Ein Parkplatz für Lastenfahrräder wäre auf dieser Fläche eines Erachtens hervorragend installierbar.

Der Vorsitzende Herr Dopatka erinnert sich an die Ortsbegehung im Sommer 2020. Die Probleme die dort aufgezeigt wurden sieht er in vielerlei Hinsicht auch heute noch, doch ist vieles der geographischen Lage geschuldet. In seinen Augen ist es wichtig, dass alle gehört wurden und es auf dieser Basis zur bestmöglichen Lösung kommt. Eine 100%ige Lösung kann von vornherein ausgeschlossen werden. Ferner vermeldet er einen kleinen Erfolg: Die Müllabfuhr kommt seit kurzem nicht mehr am Freitag, dem Burtscheider Markttag, sodass Verkehrs Behinderungen hierdurch zukünftig ausgeschlossen werden können.

Der Vorsitzende Herr Dopatka lässt sodann über nachfolgenden Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:**

Das Bürgerforum nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Es verweist den Antrag zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretung Aachen-Mitte.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig angenommen

**zu 5 Sachstandsbericht Aufbau Bürger\*innendialog im FB 01****Vorlage: FB 01/0157/WP18**

Der Vorsitzende Herr Dopatka bittet die Oberbürgermeisterin um Erläuterung des aktuellen Sachstandes, des in Ihrem Fachbereich neugegründeten Bürger\*innendialogs.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen begrüßt Herrn Milan Anton, den neuen Koordinator für die Gesamtsteuerung Bürger\*innendialog. Sie bittet Frau Duikers, die Fachbereichsleiterin des FB 01 Bürger\*innendialog und Verwaltungsleitung einen kurzen Einblick in die neue Abteilung und die Elemente des Bürger\*innendialogs zu geben.

Frau Duikers erläutert die Vorlage anhand einer Präsentation. Diese wird mit der Niederschrift in Allris zur Verfügung gestellt.

Herr Tillmanns lobt die Vorlage, gibt aber an über zwei Dinge „gestolpert“ zu sein. Zum ersten ist die Aufwertung des Bürgerforums bereits seit 2018 in vollem Gange und basiert nicht auf der aktuellen Wahlperiode und den Maßnahmen der Oberbürgermeisterin. Bereits seit 2018 „reist“ das Bürgerforum durch Aachen und tagt nach Möglichkeit in räumlicher Nähe derer, die vom wesentlichen Beratungspunkt der jeweiligen Sitzung betroffen sind. Zum zweiten wurde in der Vorlage niedergeschrieben, die Oberbürgermeisterin nehme regelmäßig an den Sitzungen des Bürgerforums teil. In diesem Jahr gab es 5 Sitzungen davon war sie an zweien inklusive der heutigen zugegen. Das bezeichnet er nicht als regelmäßig. Die Aussage sollte man in der Vorlage entsprechend entschärfen. Wenn es aber so stehen bleibt, sollte es auch der Realität entsprechen.

Frau Schmidt-Promny bedauert, dass erst nach 21:00 Uhr mit dem wichtigen Thema „Bürger\*innendialog“ begonnen wird. Sie wünscht eine Optimierung der zeitlichen Abläufe im Bürgerforum. Ihrer Meinung nach war die Sitzung wiederholt thematisch überladen. Zum Thema fragt sie, ob es nicht zu viele Dialogformate gibt? Für sie macht es den Anschein, dass die Formate in Konkurrenz zueinander treten. Das alles Entscheidende ist die Unterscheidung in Betroffenenbeteiligung und Gemeinwohlorientierung. Die Themenlage macht nämlich einen großen Unterschied. Ihrer Meinung nach macht es heute keinen Sinn mehr, dass Thema zu intensivieren, weshalb Sie um Vertagung des Tagesordnungspunktes bittet.

Frau Scheidt bekundet, dass das Bürgerforum ihr sehr am Herzen liege. Beim Bürgerforum handelt es sich um einen regulären städtischen Ratsausschuss, zu dem der Rat Mitglieder zu entsenden hat. Wie bei allen anderen Ausschüssen auch. Sie empfand das Aufzeigen der neuen Struktur als sehr erhellend und sieht dies als Auftakt zu einem Arbeitsprozess, der sich kontinuierlich im Wandel befindet. Der Bürgerrat beispielsweise befindet sich im Aufbau. Es stehen sogar bereits Finanzmittel zur Verfügung. Frau Scheidt ist optimistisch, dass es in den nächsten 3 Monaten Fortschritte in der Ausgestaltung geben wird. Eine Konkurrenz zum Bürgerforum ist i.E. weder erkennbar noch möglich. Frau Scheidt betont außerdem, dass das Bürgerforum nicht nur ein Ratsausschuss für den angewandten Dialog mit den Bürger\*innen sein soll, sondern auch gleichzeitig der Fachausschuss für Bürgerbeteiligung.

Frau Duikers bietet an, zu einzelnen Elementen Fachvorträge vorzubereiten, falls gewünscht. Zudem werden die verschiedenen Themen ohnehin noch im weiteren Abstimmungsprozess vertieft. Die gerade erläuterte Vorlage diene einem Überblick über die kommenden Themen.

Herr Deumens stimmt Frau Schmidt-Promny zu, dass es zu spät für ein solch wichtiges Thema sei. Viele Begriffe des Vortrags müssen aber seiner Meinung nach ohnehin noch mit Leben gefüllt werden, weshalb er das Thema als Information gut begrüßen kann. Er bittet darum keine Konkurrenzsituation zwischen dem Bürger\*innendialog der Oberbürgermeisterin und dem Bürgerforum zu schaffen. Bei allen Bemühungen um politische Teilhabe kann Bürgerbeteiligung nicht die Probleme der sozialen Gerechtigkeit lösen. Dies kann durch Beteiligungsformate nicht auf kommunaler Ebene erreicht werden,



sondern nur durch gesetzgebende Maßnahmen auf Bundesebene. Eine Strukturierung ist richtig und wichtig.

Herr Yavuz befürwortet die von nun an fortlaufende Information zur Strukturierung des Bürger\*innendialogs. Beim nächsten Mal könnte man dem Thema tatsächlich mehr Raum geben. Er gibt außerdem zu bedenken, dass ein Format wie der Bügerrat auch Personalbedarfe hervorruft. Momentan wird häufig an den Grenzen des leistbaren gearbeitet. Er persönlich hält eine zentrale Beteiligungsplattform für enorm wichtig, die derzeitige Darstellung sei nicht ausreichend. Die Bürger\*innen wissen derzeit nicht welche Möglichkeiten es gibt. Wenn noch mehr hinzukommt, wird das Angebot noch unübersichtlicher.

Herr Yavuz erklärt, dass er regelmäßig an den aachenspezifischen Umfragen von Dialego teilnimmt. Er wüsste gerne, wer für die Fragenerstellung zuständig ist und wie die Umfragen evaluiert werden. Seiner Meinung nach, müsste die Politik in die Fragenerstellung einbezogen werden. Des Weiteren wurde im Vortrag erläutert, dass das Institut für Urbanistik in den Leitlinienprozess beratend mit einbezogen werden soll. Dies hält er grundsätzlich für sinnvoll, fragt aber nach den Kosten einer solchen Beratung. Gerne würde er genauer über Ansätze von Dialego und dem Institut für Urbanistik informiert werden.

Herr van den Hurk dankt für den Vortrag und die Übersicht und sieht die aufgezeigten Formate ebenfalls als noch ausbaufähig an. Mit der Zeit und der Erfahrung wird sich aber ergeben, was wofür geeignet ist. Aus der Ausarbeitung der Formate im FB 01 kann so mancher Fachbereich noch etwas lernen. Er fragt gezielt nach dem Verhältnis Bürgerforum und Klärungsstelle. Ihm scheint es etwas unausgeglichen angesichts der personellen Situation in der Geschäftsstelle. Eine adäquate Betreuung des Bürgerforums inkl. aller Klärungsangelegenheiten der Frau Oberbürgermeisterin ist nur mit personeller Aufstockung leistbar. Er begrüßt daher die anvisierte Stelleneinrichtung.

Herr Offermann bittet, darum der Zivilgesellschaft auch etwas zuzutrauen. Scheinpartizipation ist mehr als schädlich.

Frau Oberbürgermeisterin äußert sich zu ihren Teilnahmemöglichkeiten an den vergangenen Sitzungen. Adhoc Termine, außerhalb des regulären Sitzungskalenders, sind schwer in ihre Terminplanung zu integrieren.

Frau Duikers erläutert, dass die Personalbedarfe in den Blick genommen wurden und entsprechend in die Anmeldungen zum Stellenplan 2022 ff. eingeflossen sind. Die Kosten zur externen Begleitung des Difu, zum Aufbau der Beteiligungsplattform und für den Bürgerrat wurden ebenfalls haushalterisch hinterlegt. Allerdings werde das nächste Jahr zeigen, wie konkret sich der Bedarf entwickelt. Der Dialog befinde sich im Aufbau und heute wurde ein erster Sachstand gegeben. Zudem müsse politisch entschieden werden, ob das Bürgerforum Fachausschuss für die Themen des Bürger\*innendialogs werde oder ob diese beim Hauptausschuss verortet werden.

Da sowohl die Geschäftsstelle des Bürgerforums als auch die Gesamtsteuerung des Bürger\*innendialogs in einem Team innerhalb des FB 01 verortet sind, sieht sie keine Konkurrenz. Vielmehr geht es darum, die anstehenden Aufgaben gemeinschaftlich zu lösen.

Die Klärungsstelle befindet sich in der Geschäftsführung des Bürgerforums, damit jeweils geprüft werden kann, in welcher Form Anfragen am besten zu beantworten sind. Sie dient als Seismograph für das, was die Aachener\*innen bewegt. Das Aufkommen an Anfragen, Eingaben und Beschwerden muss zudem professionell koordiniert werden. Die strategische, systematische und personelle Aufstellung wird aber laufend optimiert. Besonnenheit und guter Dialog muss im städtischen Miteinander verbessert werden. Der Vorsitzende Herr Dopatka bittet Frau Duikers die Rolle der Klärungsstelle in der Geschäftsführung des Bürgerforums zeitnah noch einmal separat zu erläutern und stellt fest, dass alle regulären Sitzungstermine für 2021 durch die Geschäftsstelle bereits im Frühjahr mitgeteilt worden sind. Des Weiteren sieht er das Bürgerforum ebenfalls als Fachausschuss des Bürger\*innendialogs.

Der Vorsitzende Mathias Dopatka lässt sodann über nachfolgenden Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:**

Das Bürgerforum nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und befürwortet die aufgezeigten Eckpunkte. Die Anregungen aus der Diskussion werden in die weitere konzeptionelle Ausarbeitung aufgenommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig angenommen

**zu 6 Mitteilungen**

- **Maßnahmenpaket der AWO und der Stadtteilkonferenz Burtscheid zu verschiedenen Problemen in der Quartiersentwicklung:**

Zu Beginn dieses TO stellt Frau Schmidt-Promny einen Antrag zur Geschäftsordnung, gem. § 16 Abs. 3, Ziffer 8 der Geschäftsordnung für den Rat. Die Mitteilungen und Diskussion über die zusätzlich eingereichten Themen aus der Stadtteilkonferenz und AWO Burtscheid gehören zur sozialen Quartiersentwicklung und sind demzufolge im Sozialausschuss und der BV Aachen-Mitte anzusiedeln. Der BV Aachen-Mitte liegen die Themen bereits zur Behandlung vor.

Der Antrag wird einstimmig angenommen, so dass keine Sachstandsmitteilungen zu den genannten Anliegen erfolgt.

- **Antrag von VCD und UUM zum Fahrplanwechsel im Sommer 2023:**

Herr Geber erläutert, dass die Behandlung des o.g. Antrags, gemäß § 24 GO NRW, seitens der Aachener Tageszeitungen versehentlich auf den 23.11.2021 terminiert wurde. Dies ist nicht der Fall.

**zu 7 Verschiedenes**

Zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldung.

Der Vorsitzende Mathias Dopatka bedankt sich für die engagierte Sitzung und schließt diese um 22:05 Uhr.